



BESCHLUSSPROTOKOLL

der 10. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit
am Montag, den 18.09.2017, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 17:08 Uhr bis 20:58 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzender

Jürgen Banzer

CDU

Dr. Frank Ausbüttel
Holger Bellino
Dr. Dagmar Charrier
Dr. Nicole Demme
Matthias Drexelius
Norbert Fischer
Agnes Gerecht
Kerstin Giger
Alexander Hees
Alexander Hetjes ab TOP 2.1 (17:11 Uhr)
Alexander Jackson
Heidrun Kaunzner
Markus Koob
Claudia Kott
Elvy Mäkitalo
Roland Mittmann
Susanne Odenweller
Thorsten Schorr
Roland Seel
Gregor Sommer
Sebastian Sommer
Bettina Theissig

SPD

Marco Abbé
Walter Breinl
Hans-Georg Brum ab TOP 2.1 (17:11 Uhr)
Beate Denfeld
Petra Fuhrmann
Rosi Gottschalk
Birgit Hahn
Thomas Papadopoulos
Astrid Schatta
Rebecca Schmidt
Bernhard Schneider

Dr. Nico Sturm
Dr. Stephan Wetzel

GRÜNE

Dr. Christian Albrecht
Laura Burkart
Norman Dießner
Ellen Enslin
Carsten Filges
Inge-Lore Kausen
Lars Keitel
Hadmut Lindenblatt
Dirk Sitzmann

bis TOP 5.3 (19:39 Uhr)

FDP

Katja Adler
Holger Grupe
Philipp Herbold
Dr. Stefan Naas
Dagmar Reuter
Ulrike Schmidt
Franz Tauber

AfD

Michael Beyerbach
Michael Dill
Birgit Grohne-Münch
Thomas Langnickel
Peter Lutz
Andreas Sell
Ileana Aura Vogel

FWG

Andreas Bernhardt
Karin Birk-Lemper
Götz Esser
Hellwig Herber
Renzo Sechi

bis TOP 5.2 (19:15 Uhr)

DIE LINKE.

Werner Frey
Okan Karasu

REP

Kim-Philipp Nowak

parteilos

Andreas Moses

AfD fraktionslos

Peter Münch

Kreisausschuss

Ulrich Krebs
Uwe Kraft
Katrin Hechler
Gerd Arenz
Matthias Bergmeier
Andrea Conrad
Susanne Eichhorn
Hartmut Haibach
Rudolf Kretzschmar
Hans Leimeister
Andrea Pfäfflin
Wolfgang Schmitt
Bert Worbs

Schriftführer

Michael Frauenstein

Verwaltung

Annette Goy
Brit Kerfien

Entschuldigt

GRÜNE

Christina Herr

FDP

Heike Kolter

Kreisausschuss

Oscar Müller
Dr. Regina Sell

B. Eröffnung

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer eröffnet die 10. Sitzung des Kreistages des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Folgende Unterlagen wurden auf den Tisch gelegt:

- Protokolle der Sitzungen der Ausschüsse des Kreistages
- Zwei Änderungsanträge der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen
- zwei Fragen der Kreistagsfraktion GRÜNE zur Fragestunde
- Handbuch des Kreistages
- Sitzungskalender 2018
- Liste der Tagesordnungspunkte, die ohne Aussprache zur Abstimmung kommen

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
1.	Mitteilungen	
1.1.	Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden	

1. Fraktionsausschluss Peter Münch

Die AfD-Kreistagsfraktion hat dem Kreistagsvorsitzenden mitgeteilt, dass sie in Ihrer Fraktionssitzung am 01.08.17 Herrn Peter Münch aus der Fraktion ausgeschlossen hat.

Wie es aus der Zeitung zu entnehmen war, hat Herr Münch dagegen Klage (Eilverfahren) eingereicht. Wie hier der aktuelle Verfahrensstand aussieht, ist dem Hochtaunuskreis nicht bekannt.

Es gilt der Status quo.

Die Verkleinerung der Fraktion von acht auf derzeit sieben Mitglieder hat nach einer Neuberechnung auf die Sitzverteilung der vier Ausschüsse des Kreistages keine Auswirkung. Dies betrifft die Zusammensetzung in Bezug auf die stimmberechtigten Mitglieder. Nach der Geschäftsordnung hat Herr Münch als nunmehr fraktions- und gruppenloser Abgeordneter das Recht, an allen Sitzungen der Ausschüsse beratend ohne Stimmrecht teilzunehmen.

Seine Mitgliedschaft im Ältestenrat, als stellvertretender Kreistagsvorsitzender bleibt davon unberührt.

1.1 Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt

Für Herrn Peter Münch ist Frau Iliana Vogel in den Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt nachgerückt.

1. 2. Sitzordnung Kreistag

Der Ausschluss von Herrn Münch macht eine geänderte Sitzordnung notwendig. Der neue Einzelvertreter wurde, losgelöst von der AfD-Fraktion, hinter der FDP platziert.

2. Geschäftsführung der Kreistagsfraktion GRÜNE

Der parlamentarische Geschäftsführer der Kreistagsfraktion GRÜNE, Herr Dirk Sitzmann, ist von seiner Funktion zurückgetreten.

Neue parlamentarische Geschäftsführerin ist Frau Laura Burkart.

3. Sondersitzung des Kreistages

Am **30.10.2017** findet eine Sondersitzung des Kreistages statt. Die Mitglieder des Kreistages und Kreisausschusses wurden bereits informiert.

Es wurde vereinbart, folgende Tagesordnungspunkte **ohne Aussprache** zu behandeln:

3.1 bis 3.3 sowie 3.6

Es wurde vereinbart, folgenden Tagesordnungspunkte **mit Aussprache** zu behandeln:

3.4, 3.5 sowie 5.1 bis 5.6

1.2. Mitteilungen des Kreisausschusses

Herr Landrat Ulrich Krebs lädt noch einmal zum Jahresempfang des Hochtaunuskreises am 21.09.2017 ein.

1.3. Mitteilungen der Ausschüsse

Die Vorsitzenden

- des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit,
- des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration
- des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt sowie
- des Haupt- und Finanzausschusses

verweisen auf die ausliegenden und im Gremieninformationsportal zugänglichen Protokolle der stattgefundenen Sitzungen.

2. Fragestunde

2.1. Frage der Kreistagsfraktion GRÜNE Aktivitäten des Vereins POWER e.V.

2017/0404/F

Herr Erster Kreisbeigeordneter Uwe Kraft beantwortet die Frage

„Welche Aktivitäten sind vom Verein POWER e.V. in diesem Jahr schon durchgeführt worden und für 2017 und 2018 geplant?“

mit der Anlage I.

Auf eine Zusatzfrage von Frau Enslin teilt er folgendes mit:

„Ich gehe davon aus, dass Sie über die entsprechenden Informationen verfügen. Als unser Energieberater wegen Wegzug Ende Mai bei mir im Büro saß, hat er zur Frage der Nachfolge berichtet, dass zum Schluss nur noch ganz wenig Hilfesuchende überhaupt in die Beratungsstunden gekommen sind. Er hat angeregt, dass wir unseren Schwerpunkt auf Fortbildungsveranstaltungen setzen, in der genau die Ingenieure, die auch zu seiner Zeit flankierend bei Fortbildungsmaßnahmen referiert haben, dort vortragen. Dort wollen wir unseren Schwerpunkt bilden, weil die Beratungen in den Städten und Gemeinden auch durch die Verbraucherzentrale, die dort ein neues Betätigungsfeld gefunden hat, sehr stark rückläufig ist, wenn nicht sogar null Ergebnisse an manchen Beratungstagen gebracht haben.

Wir wollen lieber diese Maßnahmen ergreifen, wo eine Nachfrage vorhanden ist, als dass wir jemanden in ein Rathaus platzieren, der oftmals vergebens und alleine dort sitzt.“

2.2. Frage der Kreistagsfraktion GRÜNE Zeitplanung Elektrifizierung Taunusbahn bis Usingen

2017/0405/F

Herr Landrat Ulrich Krebs beantwortet die Frage

„Wann hat der Kreisausschuss bzw. der Vorstand des Verkehrsverbandes Hochtaunus (VHT) Kenntnis davon erhalten, dass sich die Elektrifizierung der Taunusbahn bis Usingen bis zum Jahr 2021/2022 verzögern wird?“

mit der Anlage II.

Auf die Frage von Herr Filges antwortet Herr Landrat Ulrich Krebs wie folgt:

„Ich habe in den Gremien des RMV zum Protokoll gegeben, dass ich selbstverständlich davon ausgehe, dass der S-Bahn-Verkehr im ersten Schritt bis Usingen realisiert wird. Wir brauchen aber darüber hinaus auf dem Taunusbahnnetz weitere Triebwagen, und das betrifft nicht nur die eigentliche Taunusbahn, sondern u. a. auch die Frankfurt-Königsteiner-Eisenbahn, die von Königstein nach Frankfurt-Höchst und weiter zum Hauptbahnhof führt.

Und für die Strecke von Bad Soden-Sulzbach zum Höchster Bahnhof brauchen wir neue Triebwagen, da diese Strecken nicht mehr mit den abgeschriebenen Triebwagen der Taunusbahn zu fahren sind. Ohne, dass ich jetzt Geheimnisse des RMV-Aufsichtsrates verrate, ist der Beschluss-Tenor so, dass bei den erforderlichen Ausschreibungen, wenn sich dies wirtschaftlich darstellen lässt, auf die Brennstoffzelle zurückgegriffen werden soll. Das ist aber kein Problem mit dem S-Bahn-Verkehr. Dies bezieht sich auf die anderen Strecken, die ich genannt habe, sowie auf den Streckenabschnitt Grävenwiesbach-Usingen- Frankfurt Hauptbahnhof, der auch nach Einführung der S-Bahn immer noch bedient werden soll.“

3. Vorlagen des Kreisausschusses

3.1. Nassauische Sparkasse: Jahresabschluss 2016 nebst Lagebericht sowie 2017/0367/KA Trägerbericht 2016

Der Kreistag nimmt den Jahresabschluss 2016 nebst Lagebericht sowie den Trägerbericht 2016 der Nassauischen Sparkasse zur Kenntnis.

3.2. Taunus Sparkasse: Jahresabschluss nebst Lagebericht 2016 2017/0391/KA

Der Kreistag nimmt den Jahresabschluss nebst Lagebericht 2016 der Taunus Sparkasse zur Kenntnis.

3.3. Jahresberichte für das Jahr 2016 der Patientenfürsprecherinnen im 2017/0382/KA Hochtaunuskreis gemäß § 7 Abs. 3 Hessisches Krankenhausgesetz

Der Kreistag nimmt die Berichte der Patientenfürsprecherinnen im Hochtaunuskreis zur Kenntnis.

3.6. Umsetzung der europäischen Richtlinie "INSPIRE"; Einrichtung einer 2017/0393/KA "Geodaten-Infrastruktur (GDI)" für die Kommunen im Hochtaunuskreis und den Hochtaunuskreis EU-RL 2007/2/EG vom 15.05.2007; Geodatenzugangsgesetz (GeoZG) vom 10.02.2009; Hessisches Vermessungs- und Geoinformationsgesetz (HVGG) vom 17.03.2010

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (12), GRÜNE (9), FDP (6), FWG (5), DIE LINKE. (2), REP (1),
Moses (1), Münch (1)
Nein: AfD (7)
Enthaltung: FDP (1)

gefasster Beschluss

Der Kreistag ermächtigt die Kreisverwaltung in Zusammenarbeit mit den Kreis-Kommunen die EU INSPIRE-Richtlinie im Hochtaunuskreis umzusetzen.

Hierfür wird zwischen dem Kreis und den Kommunen eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen, die die Zusammenarbeit und die Verteilung der anfallenden Kosten regelt bzw. den gegenseitigen Austausch der notwendigen Daten zusichert.

Die ermittelten bzw. tatsächlichen Gesamtkosten der Jahre 2017 bis 2021 werden wie folgt auf den Kreis sowie auf die 13 Kommunen verteilt:

- Ein Grundbetrag von 33% der Gesamtkosten wird hälftig vom Kreis und die weiteren 50 % zu gleichen Teilen auf alle 13 Kommunen umgelegt.
- 67% der Gesamtkosten trägt zu 50% der Kreis - die weiteren 50% werden gewichtet nach dem Einwohnerschlüssel zum Stichtag 31.12.2015 auf die Kommunen umgelegt.
- Den sich hieraus ergebenden jährlichen Umlagebeiträgen für die Jahre 2017 bis 2021, ausweislich der Anlage 3 „Umlagebeiträge“, wird zugestimmt.

Als weitere Grundlage zur Umsetzung tritt der Hochtaunuskreis dem GDI-Südhessen, mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten, bei. Der dafür anzusetzende Mitgliedsbeitrag beträgt zurzeit 12.000 EUR pro Jahr. Der Betrag ist Bestandteil der, der Umlage zugrunde gelegten Gesamtkosten.

Weiter wird der Hochtaunuskreis für alle Beteiligten einen sogenannten IKZ-Förderantrag stellen, der einen erheblichen Teil der Kosten in den ersten 5 Jahren absichert.

3.4. **Erwerb der Geschäftsanteile an der Servicegesellschaft der Hochtaunus-Kliniken GmbH durch die Hochtaunus-Kliniken gGmbH** 2017/0387/KA

Herr Dr. Naas eröffnet die Aussprache. Anschließend folgt Herr Bellino mit einem Redebeitrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (13), GRÜNE (9), FWG (5), DIE LINKE. (2), Moses (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: FDP (7), AfD (7), REP (1), Münch (1)

gefasster Beschluss

1. Dem Erwerb von 49 % der Geschäftsanteile an der Servicegesellschaft der Hochtaunus-Kliniken GmbH durch die Hochtaunus-Kliniken gGmbH nach Maßgaben des § 15 des Gesellschaftsvertrags wird zugestimmt.
2. Einer aus dem Erwerb der Gesellschafteranteile durch die Hochtaunus-Kliniken gGmbH resultierenden Änderung des Gesellschaftsvertrags der Servicegesellschaft der Hochtaunus-Kliniken GmbH wird zugestimmt. Der geänderte Gesellschaftsvertrag ist dem Kreistag zur Kenntnis zu geben.

3.5. **Astrid-Lindgren-Schule, Usingen;** 2017/0389/KA **Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Hochtaunuskreis und der Stadt Usingen über den Neubau einer Sporthalle und eines Betreuungszentrums mit Mensa**

Herr Drexelius und Frau Enslin verlassen den Sitzungssaal.

Herr Jackson und Herr Herber sprechen im Plenum.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (22), SPD (13), GRÜNE (8), FDP (7), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2), REP (1), Moses (1), Münch (1)
 Nein: ./.
 Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

1. Dem Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Hochtaunuskreis und der Stadt Usingen über den Neubau einer Zweifeld-Sporthalle und eines Betreuungszentrums mit Mensa an der Astrid-Lindgren-Schule wird zugestimmt. Der Kreisausschuss wird ermächtigt, die als Anlage I beigefügte Verwaltungsvereinbarung abzuschließen.

2. Der Kreisausschuss wird ermächtigt, die Vereinbarung auch dann abzuschließen oder sie zu verändern, wenn geringfügige Abweichungen von den genannten Vertragsbedingungen im Zuge der weiteren Entwicklung des Projekts erforderlich werden sollten. In diesem Falle ist dem Haupt- und Finanzausschuss unverzüglich zu berichten.

Herr Drexelius und Frau Enslin betreten wieder den Sitzungssaal.

4. **Vorlagen der Ausschüsse**

./.

5. **Anträge**

5.1. **Antrag der FDP-Kreistagsfraktion Prüfung von Telearbeit**

2017/0395/KT

Frau Adler begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

Anschließend redet Herr Frey.

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (13), GRÜNE (9), FDP (7), AfD (7), FWG (5), REP (1), Moses (1)
Nein: DIE LINKE. (2), Münch (1)
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, in welchen Geschäftsbereichen der Verwaltung Telearbeit (Homeoffice u. w.) möglich ist. Über bereits vorhandene Modelle ist zu berichten. Dabei ist insbesondere zu prüfen

- mit welchem zeitlichen Umfang (komplett oder alternierend in welchen Modellen) und unter welchen Bedingungen (Präsenz und Erreichbarkeit der Mitarbeiter, Geeignetheit des Arbeitsbereiches) jeweils Telearbeit möglich ist,
- welche Auswirkungen die Einführung von Telearbeit (komplett bzw. alternierend) auf den Raum- und Parkplatzbedarf der Verwaltung hat,
- welche technische Ausstattung für die Einführung von Telearbeit notwendig ist (verschiedene Alternativen der technischen Umsetzung sind hierbei zu prüfen),
- welche Kosten mit der jeweiligen technischen Ausstattung des Personals für die Telearbeit verbunden sind.

5.2. **Antrag der FDP-Kreistagsfraktion Unterstützung der Städte Oberursel und Steinbach gegen unverhältnismäßige Frankfurter Siedlungspläne Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen**

2017/0396/KT

2017/0396/KT/1

Herr Grupe begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

Herr Sommer begründet den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen.

In der weiteren Aussprache folgen Herr Sell und Herr Brum.

Herr Dr. Naas ist grundsätzlich mit dem Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen einverstanden, schlägt aber vor, den letzten Absatz zu streichen. Ansonsten präferiert er eine getrennte Abstimmung aller vier Absätze.

Es folgt eine Aussprache, an der sich folgende Personen beteiligen:
Herr Frey, Herr Bernhard, Frau Enslin, Herr Landrat Ulrich Krebs.

Herr Dießner beantragt eine separate Abstimmung der Absätze 1-3 des Änderungsantrages und die Überweisung des 4. Absatzes in den Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt.

An der weiteren Debatte nehmen Herr Dr. Naas, Herr Dr. Wetzel, Herr Herber, Herr Dießner, Herr Brum, Herr Seel und Herr Grupe teil.

Auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden Jürgen Banzer erklärt sich der Kreistag einvernehmlich bereit, über die Absätze 1- 3 des Änderungsantrages der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen 2017/0369/KT/1 in Einem abzustimmen.
Anschließend wird über die Überweisung des 4. Absatzes abgestimmt.

2017/0396/KT/1 (Absätze 1-3)

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (13), GRÜNE (9), FDP (7), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2),
REP (1), Münch (1), Moses (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreistag spricht sich gegen eine Ausdehnung der Stadt Frankfurt a.M. westlich der Bundesautobahn (BAB) 5 aus. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die Städte Steinbach und Oberursel bei ihren Bemühungen, diese Siedlungsentwicklung zu verhindern, zu unterstützen. Damit will der Kreistag sichergestellt wissen, dass die polyzentrische Struktur der Region FrankfurtRhein-Main auch in Zukunft erhalten bleibt.

Der Kreistag appelliert an die Kraft Amtes bzw. durch Wahl in die regionalen Gremien entsandten Vertreter des Hochtaunuskreises bei den regionalen Gremien erforderlichen Beratungen darauf zu achten, dass ein Zusammenwachsen von Frankfurt am Main auf der einen Seite und Oberursel sowie Steinbach auf der anderen Seite verhindert wird.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, bei den regionalen Siedlungsentwicklungen dafür Sorge zu tragen, dass diese mit einem schlüssigen Verkehrskonzept und die Betrachtung der Auswirkungen auf das regionale Klima unterlegt werden. Dieses Konzept soll den Belangen aller Anrainerkommunen von neuen Siedlungsgebieten Rechnung tragen.

2017/0396/KT/1 (Absatz 4)**Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung****Abstimmungsergebnis:**

Ja: GRÜNE (9), FDP (7), AfD (7), FWG (5), DIE LINKE. (2), Münch (1)
 Nein: CDU (23), SPD (13), Moses (1)
 Enthaltung: REP (1)

abgelehnter Beschluss

Der Kreistag überweist den 4. Absatz des Änderungsantrages in den Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt

2017/0396/KT/1 (Absatz 4)**Abstimmungsergebnis:**

Ja: CDU (23), SPD (13), FWG (2), DIE LINKE. (1), Moses (1),
 Nein: GRÜNE (9), FDP (7), AfD (7), FWG (3), Münch (1)
 Enthaltung: DIE LINKE. (1), REP (1)

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird beauftragt, mit den Kommunen des Hochtaunuskreises einen öffentlichen Beteiligungsprozess als Forum „Hochtaunus 2030“ zu initiieren bei dem

- die speziellen Folgen des Siedlungsdruckes für die Kommunen des Hochtaunuskreises untersucht werden,
- Siedlungsreserven im Hochtaunuskreis betrachtet werden,
- Lösungen für eine ausgewogene Sozialstruktur erarbeitet werden, und
- Aussagen zur erforderlichen Infrastruktur (Verkehr, Bildung, Soziales, Natur und Kultur) getroffen werden.

2017/0396/KT**erledigter Beschluss (aufgrund der Beschlussfassungen zum Änderungsantrag)**

Der Kreistag des Hochtaunuskreises unterstützt die Bemühungen der Städte Oberursel und Steinbach (Taunus), eine Ausdehnung der Stadt Frankfurt am Main westlich der Bundesautobahn (BAB) 5 zu verhindern.

Der Landrat wird gebeten, seinen Einfluss innerhalb des Regionalvorstandes des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain dergestalt zu nutzen, um ein Zusammenwachsen der Stadt Frankfurt mit den Städten Oberursel und Steinbach zu verhindern und darüber hinaus Lösungen zu finden, damit die verkehrliche Erschließung des neuen Stadtteils nicht zu Lasten der Städte im Vordertaunus erfolgt. Es soll ferner versucht werden, auch über die Art Bebauung und der daraus resultierenden Siedlungsdichte und Sozialstruktur Einfluss zu nehmen.

- 5.3. **Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE** **2017/0397/KT**
Sachstandsbericht Kinderklinik an den Hochtaunus-Kliniken gGmbH
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen **2017/0397/KT/1**

Herr Dr. Albrecht begründet den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE. Anschließend zieht er den Antrag zurück.

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer schließt unter diesen Voraussetzungen die Debatte zum Tagesordnungspunkt.

2017/0397/KT

zurückgezogener Antrag

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag stellt fest, dass eine Kinderklinik an den Hochtaunus-Kliniken gGmbH nicht - wie angekündigt - zum 1. Juli 2017 in Betrieb genommen wurde.

Bis zum 31.08.2017 konnte diesbezüglich kein Kooperationspartner gewonnen und kein Kooperationsvertrag geschlossen werden.
2. Der Kreisausschuss wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einen aktuellen Sachstandsbericht samt Zeitplanung zur Kinderklinik an den Hochtaunus-Kliniken gGmbH vorzulegen.
3. Der Kreisausschuss wird zudem gebeten rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen, einen Alternativvorschlag zu erarbeiten, der den bei den Bürgerinnen und Bürgern geweckten Erwartungen nach einer verbesserten Kindernotfallversorgung im Hochtaunuskreis Rechnung trägt.

2017/0397/KT/1

nicht zur Diskussion und Abstimmung gekommener Änderungsantrag

Der Kreisausschuss wird gebeten, spätestens zu den Haushaltsberatungen einen Sachstandsbericht zur geplanten kinderärztlichen, stationären Versorgung an den Hochtaunus-Kliniken zu geben. Mit Blick auf ein Angebot an den Hochtaunus-Kliniken sind die entsprechenden Mittel im Haushalt wieder bereitzustellen.

- 5.4. **Antrag der FDP-Kreistagsfraktion** **2017/0398/KT**
Förderung von Existenzgründungen

Herr Grupe begründet den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion.

Frau Enslin beantragt die Überweisung des Antrages in den Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt zur endgültigen Beschlussfassung.

Anschließend sprechen Herr Jackson, Herr Langnickel und Herr Grupe.

Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung

Abstimmungsergebnis:

Ja: CDU (23), SPD (13), GRÜNE (8), FDP (7), AfD (7), FWG (4), DIE LINKE. (2),
REP (1), Moses (1), Münch (1)
Nein: ./.
Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreistag überweist folgenden Antrag zur endgültigen Beschlussfassung in den Ausschuss für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt:

Der Kreisausschuss wird gebeten, gemeinsam mit der lokalen IHK gezielt Existenzgründungen im Hochtaunuskreis zu fördern.

Das Ziel ist die Schaffung eines Gründerzentrums in einer kreiseigenen Liegenschaft, die Einführung einer Gründermesse, sowie qualifizierte Beratung für Gründer (auch durch bestehende Agenturen, wie der Agentur für Arbeit).

Rahmenbedingungen für das Gründerzentrum sind geeignete Räumlichkeiten für ca. 50 Gründer, die zu einem günstigen Mietpreis (von ca. 5 €/qm² + Nebenkosten) und versehen mit der notwendigen Infrastruktur wie schnellem Internet für maximal die ersten zwei Jahren der Unternehmensgründung durch den Kreis zur Verfügung gestellt werden.

Notwendige Haushaltsmittel sind zu ermitteln und für das Jahr 2018 einzustellen.

5.5. **Antrag der AfD-Kreistagsfraktion** **2017/0399/KT** **Prüfauftrag: Einreichung von Anträgen in anonymisierter Form**

Herr Dill begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Es folgt eine Aussprache, an der sich folgende Personen beteiligen:
Frau Rebecca Schmidt, Herr Karasu, Herr Dr. Naas, Herr Drexelius, Herr Langnickel, Frau Birk-Lemper, Herr Bellino.

Abstimmungsergebnis:

Ja: AfD (6),
Nein: CDU (23), SPD (13), GRÜNE (8), FDP (7), AfD (1), FWG (4), DIE LINKE. (2),
REP (1), Moses (1), Münch (1)
Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Der Kreistag beschließt: Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, wie die Voraussetzungen geschaffen werden können, dass Anträge der Kreistagsfraktionen in anonymisierter Form eingereicht, beraten und beschlossen werden. Ein Bericht zur möglichen Umsetzbarkeit soll im Rahmen des Haupt- und Finanzausschusses bis zum Ende dieses Jahres vorgestellt / vorgelegt werden.

Eine mögliche Änderung der Geschäftsordnung ist durch den Kreisausschuss zu erarbeiten.

5.6. **Antrag der AfD-Kreistagsfraktion
Sofortige Rückführung abgelehnter Asylbewerber**

2017/0400/KT

Herr Lutz begründet den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion.

Anschließend spricht Herr Karasu.

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer erteilt Herrn Karasu gemäß § 37 Geschäftsordnung des Kreistages eine Rüge (Ruf zur Ordnung) mit dem Hinweis, es sei unparlamentarisch, Mitglieder des Kreistages als Rassisten zu bezeichnen.

An der weiteren Debatte beteiligen sich folgende Personen:

Frau Hahn, Herr Bernard, Herr Tauber.

Abstimmungsergebnis:

Ja: AfD (7), REP (1), Münch (1)

Nein: CDU (23), SPD (13), Moses (1), GRÜNE (8), FDP (7), FWG (4), DIE LINKE. (2),

Enthaltung: ./.

abgelehnter Beschluss

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um abgelehnte Asylbewerber, die sich grundgesetzwidrig in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, unverzüglich in ihre Heimat zurückzuführen.

Der Kreistagsvorsitzende Jürgen Banzer bedankt sich für die Mitarbeit, schließt die Sitzung und teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 30.10.2017 stattfindet. Er verweist darauf, dass es sich um eine Sondersitzung handelt und alle Mitglieder des Kreistages und Kreisausschuss schon vorab darüber informiert wurden.

Vorsitzende der Fraktionen, der Gruppe
sowie fraktions- und gruppenloser Abge-
ordneter

gez. Jürgen Banzer
Kreistagsvorsitzender

gez. Frauenstein
Schriftführer